Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 7 (1939-1940)
Heft: 4

Artikel: Englands Vorstoss auf dem Kontinent
Autor: Hantos, Elemér
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759108

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Englands Vorstoss auf dem Kontinent

Von Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Elemér Hantos

Die neueste Entwicklung in der europäischen Politik ist durch die erhöhte Aktivität Englands in Mittel- und Osteuropa gekennzeichnet. Spät — wenn nicht zu spät — hat sich England, als Träger der grössten politischen Macht auf Erden, entschlossen in das mitteleuropäische Durcheinander einzugreifen.

Bis zum Ausbruch des deutsch-tschechoslowakischen Konfliktes war Englands Ostpolitik nur eine „mittelbare", die sich durch Vermittlung anderer Mächte Geltung zu verschaffen suchte. Die französische Politik war es, die England lange Zeit ohne Vorbehalt unterstützte. Zeitweise konnte man eine Schwenkung zugunsten Italiens beobachten, die sich deutlich auf den Konferenzen von Genua und Stresa gezeigt hatte. Als sich im abessinischen Konflikt die Wege Frankreichs und Italiens trennten, trat England wieder energischer für die mitteleuropäischen Interessen Frankreichs ein, dessen Gewicht es nicht vermindern lassen konnte ohne die Mächte-Waage zu stören. Frankreich aber war ein umso wertvollerer Faktor in der Balance of power, je stärker es seine mitteleuropäischen Verbündeten anzog.

Nach dem Anschluss ist die britische Politik Mitteleuropa gegenüber wachsamer geworden. Bis dahin gab es in England eine verbreitete politische Schule, die lehrte, dass Grossbritannien sich nicht in zentraleuropäische Angelegenheiten einmengen und so viel wie möglich auch allen europäischen Verpflichtungen, mit der Ausnahme des Schutzes Frankreichs und Belgiens, aus dem Wege gehen solle, und dass eine eventuelle deutsche Hegemonie in der Donauregion eine natürliche, wenn nicht unabwendbare Entwicklung sei.

Dieser traditionellen Scheu Englands, sich im voraus für kontinentale Verwicklungen politisch festzulegen, entsprach es, wenn die englische Politik sich lediglich darauf beschränkte alles zu unterstützen, was der Befriedung dienen und die Gefahr von Konflikten vermeiden konnte. Wie nach jedem siegreich beendeten Krieg setzte sich England mehr für „Gerechtigkeit und Gnade" als für „Rache und nationale Gier" ein. Die Nutzniesser dieser geistigen Einstellung waren vor allem die kleinen Staaten in Mitteleuropa: Ungarn, Oesterreich und Bulgarien, die von der englischen Aussenpolitik wirtschaftlich und moralisch unterstützt wurden.

Erst die durch die tschechoslowakische Krise entstandene diplomatische Lage veranlasste die englischen Regierungskreise aus ihrer Passivität herauszutreten und sich in das politische Kräftespiel in Mitteleuropa stärker als bisher einzuschalten. Der Drang zur Aktivität war umso grösser, als die englische Regierung wiederholt erklärte, dass Grossbritannien durch sein Bündnis mit Frankreich in einen wegen der Tschechoslowakei ausbrechenden Krieg hineingerissen werden könnte, eine solche Entwicklung aber der britischen Politik im höchsten Masse unerwünscht sein würde.

Noch ein anderes Moment hat die Haltung Englands bestimmt. Von den Tschechen hiess es, dass sie den vordersten und entscheidenden Abschnitt der demokratisch-parlamentarischen Front halten, und dass das Ansehen der demokratischen Weltfront eine entscheidende Einbusse in der Tschechoslowakei erleiden könnte. Das Gewicht der tschechoslowakischen Frage für England wurde daher nicht nur an dem allgemeinen Friedensinteresse gemessen, sondern auch an dem ideologischen Prinzip der Demokratie. Als traditioneller Verteidiger der Demokratie glaubte England eingreifen zu müssen. Englands aktive Teilnahme an den mitteleuropäischen Vorgängen beginnt mit der Uebernahme der Vermittlerrolle zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, mit der Entsendung eines englischen Beraters nach Prag. England wollte beim akuten Ausbruch der tschechoslowakischen Krise sich nicht wieder dem Vorwurfe aussetzen, der wegen seines Verhaltens im Jahre 1914 erhoben wurde: dass nämlich der Weltkrieg vermieden worden wäre, wenn die britische Regierung Deutschland klar vor

Augen gestellt hätte, dass sie in einem europäischen Konflikt unbedingt auf Frankreichs Seite stehen würde. England hat in den Septembertagen 1938, die den kritischen Julitagen von 1914 gleichgestellt werden können, rechtzeitig die Notbremse gezogen und dadurch einen neuen Weltbrand abgewendet.

In dem Münchener Abkommen und den diesem vorangehenden Verhandlungen hat die britische Politik die Führung in Mitteleuropa auf sich genommen. Das geschah nicht bloss zum Schutze der gefährdeten kleinen Donauvölker, sondern natürlich auch im wohlverstandenen englischen Interesse. Der wahre Sinn der englischen Politik war vor allem: Zeit zu gewinnen. Die Aussenpolitik sollte ermöglichen die Lücke in den Rüstungen auszufüllen, sie sollte ferner die englische Friedensbereitschaft aufs äusserste steigern, um den Gegner für den Kriegsfall als Friedensbrecher zu kompromittieren und damit a priori moralisch zu siegen[1]). Dazu kam aber auch der ernsthafte Wille Englands an der Neugestaltung des mitteleuropäischen Raumes entscheidend mitzuarbeiten und eine endgültige Befriedung in diesem vielgeprüften Gebiete vorzubereiten.

*

Am anderen Ende des Kontinents gelegen, kann England seine mitteleuropäische Ziele am ehesten mit finanziellen Mitteln verwirklichen. Die englische Aussenpolitik ist niemals wir-

[1]) Auf die Wichtigkeit des moralischen Elementes für alle erfolgreichen Handlungen britischer Regierungen hat neuerlich Graf Pückler in seinem Werk „Wie stark ist England?" (Leipzig 1939, S. 205) hingewiesen. „Die britischen Regierungen — heisst es da — unterliegen einem Zwange. Sie müssen danach trachten, die Weltmeinung auf ihrer Seite zu haben und müssen daher in der Lage sein, für ihre Politik moralische Begründungen zu geben... Es ist höchst zweifelhaft, ob das britische Volk heute noch für rein egoistische nationale Interessen, die auf Kosten anderer gehen, zu den Waffen greifen würde. Es muss schon eine Art von Kreuzzugsstimmung in England erzeugt werden, um das Volk kampfesfreudig zu machen, und von Jahr zu Jahr wird es für eine britische Regierung gefährlicher, eine solche Stimmung durch heuchlerische Propaganda zu erregen. Denn die britische Regierung empfindet von Jahr zu Jahr stärker den Triumph von Moral und Gerechtigkeit in der internationalen Politik als die Mission Englands."

kungsfähiger, als wenn Foreign Office und City am gleichen Strange ziehen. Eine erhöhte englische Aktivität auf finanziellem und handelspolitischem Gebiete wurde gelegentlich eines Besuches der französischen Minister in London im Sommer 1938 gefordert, als der französische Finanzminister in einer Denkschrift neue Kredite an die Donau- und Balkanstaaten und erhöhte Einfuhren von dort empfahl. Der Wirtschaftshilfe standen auf finanziellem Gebiete keine Hindernisse im Wege. Alle erwähnten Staaten benötigen Kapital in Form von Warenkrediten, in Form von Anleihen, in Form von Anlagen zur Erschliessung von Naturreichtümern des Bergbaues, zur Errichtung von Industriewerken, die die Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeiten können. Schwieriger gestaltet sich die Belebung des Handelsverkehrs. Nicht nur die geographische Entfernung bildet ein Hindernis, sondern auch der Umstand, dass angesichts der Handelsfreiheit in England jeder Importeur seinen Bedarf dort deckt, wo er am vorteilhaftesten bedient wird. Es ist unmöglich anzuordnen, dass er rumänisches Rohöl statt des amerikanischen oder ungarischen Weizen statt des argentinischen beziehen solle. Trotzdem hat es England verstanden in planmässiger Arbeit seine Wirtschaftshilfe zu fördern und seine Bezüge aus den Ostländern zu erhöhen.

Das natürliche Primat des Deutschen Reichs im Donauraum und auf dem Balkan soll dadurch nicht angefochten werden. Solange das deutsche Clearingsystem klaglos funktioniert, ist der Vorrang Deutschlands ein überragender. England und Frankreich wollen es jedoch verhindern, dass Deutschland seine wirtschaftliche Hegemonie im Donauraum in eine politische Machtstellung umwandelt. Das wachsende Interesse Englands und Frankreichs für die veredelten Agrarerzeugnisse Ungarns, für die Erdölwirtschaft Rumäniens, für die Erzbergwerke Jugoslaviens, für die Gartenerzeugnisse Bulgariens sind von diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen. Der Warenaustausch Englands und Frankreichs soll nicht nur Wirtschaftshilfe für die bedrängten Länder sein, er soll auch Mittel zum Zweck sein: eine Einschaltung der beiden Grossmächte in die politischen Entscheidungen vorzubereiten.

Zielbewusst wie immer, fieberhaft wie nie zuvor, hat England in den letzten Monaten seine Pläne in der Mitte und im Osten Europas in die Tat umzusetzen versucht.

*

Der englisch-rumänische Wirtschaftsvertrag, der wegen seiner politischen Hintergründe so viel von sich reden machte, war im Grunde genommen nur das letzte Glied in einer Kette von Verträgen, die die Staaten des europäischen Ostens, von der Baltischen See bis zum Schwarzen Meer, an Grossbritannien binden. Die Nord-Südachse, die England zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgerichtet hat, wird von den drei baltischen Staaten Litauen, Lettland, Estland, sowie von Polen, Rumänien, Griechenland und von der Türkei gebildet.

Das diplomatische Werk wurde an den beiden Enden der Achse in Angriff genommen. Mit Rücksicht auf die Einflussmöglichkeiten, die sich für die Lösung gewisser Gegensätze zwischen Russland und England einerseits, zwischen Deutschland und England andererseits ergeben könnten, suchte England vor allem im Baltikum festen Fuss zu fassen. Mit Hilfe der Handelsverträge, die es im Juli 1934 mit allen baltischen Staaten abschloss, hat sich England auf Kosten des deutschen Anteils in den baltischen Staaten eine dominierende Stellung zu schaffen gewusst. Von den vier Hauptprodukten der Ausfuhr der baltischen Staaten: Holz, Butter, Flachs und Speck ging im Jahre 1938 der überwiegende Teil nach England. Die wirtschaftliche Bindung an England ist noch im Steigen begriffen.

Ein weit sichtbareres Signal für das englische Vordringen in Osteuropa stellt das englisch-türkische Finanz- und Handelsabkommen dar, das als Vorbote und als Muster für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Grossbritanniens mit anderen Staaten gedacht war. Um über den Vertrag von Sèvres den Schleier der Vergessenheit zu breiten und fremde Einflüsse in der Türkei einzudämmen, hat England tief in die Tasche gegriffen und den Türken Anleihen und Kredit-

garantien von insgesamt 16 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt. England errichtet in Karabück ein Hochofenwerk, am Schwarzen Meer einen Kohlenhafen grossen Ausmasses, verbunden mit einer Flugstation, und in England selbst werden Kriegs- und Handelsschiffe für die Türkei gebaut. Diese grosszügige Wirtschaftshilfe konnte nicht ohne politische Folgen bleiben. Die Türkei hat sich mit England zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status im Mittelmeer verbunden und sich bereit erklärt, gegebenenfalls für dieses Ziel sogar einen Krieg zu führen.

Dass Kredite allein nicht ausreichen, um politische Verbündete über alle Fährnisse hinweg festzuhalten, wurde England im Falle Polens gewahr, dem es in einem gegenseitigen Garantiepakt „jede in seiner Macht stehende Hilfe" zusagte. Es ist nur selbstverständlich, dass Polen in Ergänzung der militärischen Garantien auch einer aktiven britischen Finanz- und Wirtschaftshilfe teilhaftig wurde. Ueber das Wesen und das Ausmass der Polen gewährten Kredite besitzen wir jedoch keine zuverlässigen Angaben.

Mehr erfuhren wir über das Verhältnis zu Rumänien, wo England seit dem Abschluss des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages bemüht ist, für die britische Industrie und den britischen Handel und vor allem für die britische Politik zu retten, was zu retten ist. Gegen die überragende Stellung Deutschlands im rumänischen Aussenhandel kann Grossbritannien schwer ankämpfen. Es wählt daher den Weg des Kapitalexportes und der Kreditgewährung. Wenn in Deutschland mit Recht behauptet wird, dass die Donaustaaten von jeher das natürliche Bezugs- und Absatzgebiet des Reiches gewesen seien, so können die Westmächte und vor allem England darauf hinweisen, dass ohne ihre Finanzhilfe sich auch die verlockendsten handelspolitischen Pläne nicht hätten verwirklichen lassen. Und wenn das britische Kapital in den letzten Jahren die Donaustaaten auch vernachlässigt hat, ist England trotzdem in den meisten Staaten, vor allem aber in Rumänien, noch immer der weitaus wichtigste Gläubiger. Von der äusseren Schuld Rumäniens, die für das Jahr 1938 mit rund 80 Milliarden Lei angegeben ist, entfällt mehr als ein Viertel auf das

britische Kapital. Die rumänische Petroleumindustrie ist in der Hauptsache eine Angelegenheit des ausländischen, besonders des britischen Kapitals; dasselbe gilt für die rasch aufblühende rumänische Eisenindustrie. Das neue englisch-rumänische Wirtschaftsabkommen sieht eine weitere Kredithilfe von fünfeinhalb Millionen Pfund Sterling vor; es ist nicht so umfassend wie das Abkommen, das einige Wochen vorher mit Deutschland abgeschlossen wurde, dürfte aber dennoch seine Wirkung nicht verfehlen.

Im Ausbau der englischen Ostfront bildet Griechenland einen wichtigen Posten. Griechenland gehört seit jeher der britischen Interessensphäre an, es führt aber seit Jahren Klage darüber, dass England sich zwar für das politische Schicksal des Landes sehr interessiere, ihm jedoch wirtschaftlich nicht so viel Hilfe bringe wie möglich wäre. Als Ergänzung der militärischen Garantien, die es neuestens Griechenland zugestanden hat, beabsichtigt nun England durch entsprechende Kredithilfe das Hauptproblem Griechenlands — die bessere Ausnützung seiner Wirtschaftsquellen, die Ausbeutung seiner Erzvorkommen, — einer Lösung entgegenzuführen.

Dem wachsenden deutschen Einfluss in Jugoslavien, Bulgarien, Ungarn und in der Slowakei kann Grossbritannien schwer ein Gegengewicht gegenüberstellen. Nach dem Anschluss Oesterreichs und des Sudetengaues und nach der erfolgten Einbeziehung des Protektorates Böhmen und Mähren in das grossdeutsche Wirtschaftsgebiet ist die Stellung Grossdeutschlands in den angrenzenden Gebieten unangreifbar geworden. Deutschland hat sich mit seinem System des dirigierten Aussenhandels ein gewaltiges Instrument für die wirtschaftliche Durchdringung jener Länder geschaffen, die Rohstoffe und Halbfabrikate abzugeben haben. Die grosse Wirtschaftskrise hat die einfache deutsche Formel: „Aussenhandel ohne Devisenaufwand", „Ware gegen Ware", wesentlich begünstigt. Deutschland betrachtet sich aber nicht nur als natürlicher Handelspartner aller Länder in der Richtung Südost, sondern es hält auch jeden für einen Störenfried, der gegen diese Monopolisierung seiner eigenen Wirtschaftsinteressen verstösst. Deutschlands handelspolitische Erfolge beruhen vor al-

lem darauf, dass es den Südoststaaten unbegrenzte Absatzgarantien zu günstigen Normalpreisen zu bieten in der Lage ist.

Nun erscheint England auf dem Plan und erklärt sich bereit, agrarische und industrielle Rohstoffe zu bestellen und Exportkredite grösseren Umfanges zu gewähren. In London schwirren die Namen einer ganzen Anzahl von Ländern herum, mit denen die Anknüpfung engerer Wirtschaftsbeziehungen geplant wird.

Die Initiative zu dieser Wirtschaftsoffensive geht nicht vom Board of Trade aus, sie kommt vom Foreign Office, das im Zusammenwirken mit dem Overseas Trade Department, sowie mit dem Export Credits Guarantee Department neue Möglichkeiten der britischen Wirtschaftsexpansion geschaffen hat.

Da diese Wirtschaftsoffensive gleichzeitig mit einer diplomatischen Offensive eingesetzt hat, ist in Deutschland der Verdacht eines englischen Einkreisungsversuches aufgekommen. Der englische Premier hat diese Befürchtungen in seiner Rede vom 11. Mai 1939 zu zerstreuen gesucht: „Wir sind nie auf den Gedanken gekommen — sagte Chamberlain — Deutschland zu isolieren, noch ihm den Weg zu seiner berechtigten und natürlichen Ausdehnung seines Handels im Mittel- und Südosteuropa zu verbauen, ebenso wenig wie es unsere Absicht ist, eine Kombination von Kräften herbeizuführen, um gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen. Auf der anderen Seite möchte ich aber deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir nicht gewillt sind zuzusehen, wie die Unabhängigkeit eines Landes nach dem anderen zunichte gemacht wird. Solche Versuche mussten wir auch in der Vergangenheit abwehren einfach aus dem Grunde, weil durch sie die Sicherheit Europas bedroht wurde. Einen gleichen Zweck verfolgen die von der englischen Regierung an Polen, Rumänien und Griechenland gegebenen Garantien, sowie die mit der Sowjetunion und mit der Türkei zurzeit im Gang befindlichen Verhandlungen."

Nach englischer Auffassung handelte es sich bei den Anstrengungen Grossbritanniens lediglich um die Aufrichtung einer Abwehrfront, einer Verteidigungslinie gegen eine Politik, „die möglicherweise darauf abzielt, einen Staat nach dem anderen

zu verschlucken"[2]). Unverkennbar ist jedoch die Absicht, dem deutschen Einfluss in Mittel- und Osteuropa zu begegnen, um die Donau- und Balkanländer nicht tiefer in ihre Abhängigkeit von der deutschen Kundschaft geraten zu lassen.

Dieser Auffassung hat die am 2. Mai 1939 durch eine Anfrage des Lord Sempill ausgelöste Oberhausdebatte Ausdruck verliehen. Die Redner drängten auf Beihilfen, um die von England in Osteuropa garantierten Länder wirtschaftlich auf eigene Füsse zu stellen, da sonst die politischen Garantien inhaltlos bleiben müssten. Und man solle in dieser Angelegenheit, bei der es sich um die Sicherheit Englands handle, nicht engherzig auf einen pekuniären Gewinn und Verlust sehen, der auf jeden Fall doch belanglos sei im Vergleich zu den anderweitig übernommenen Rüstungskrediten.

Die englische Regierung hat diesem Drängen Rechnung getragen, indem sie Anfang Juli 1939 eine Bill eingebracht hat, die sie ermächtigt dort Exportkredite bis zur Höhe von 100 Millionen Pfund zu garantieren, wo das zugrunde liegende Warengeschäft nicht unter rein geschäftlichen, aber unter politischen Gesichtspunkten gerechtfertigt erscheine. Als Empfänger der durch die englische Regierung garantierten Kredite kommen die mit England befreundeten europäischen Staaten in Betracht, in erster Reihe Polen, dann die Türkei, Rumänien, und Griechenland, die alle eine englische politische Garantie erhalten haben. Es handelt sich hier nicht um eigentliche Handelskredite, sondern um politisch bedingte Lieferungskredite, und es ist eben deshalb vorgesehen, dass nicht das britische

---

[2]) Der englische Standpunkt in dieser Frage ist schon lange vor der berüchtigten Einkreisungspolitik in einem „Finance and Hegemony" betitelten Artikel im „Spectator" (8 July 1938) in folgender Weise präzisiert worden: „We have no desire to interfere with any of Germany's normal trade channels in South-Eastern Europe, but it is both legitimate and politic to use our superior financial resources to save South-Eastern European States from the necessity of so far accepting Germany's commercial domination as to become enmested in the toils of her political domination... Our only concern can be to give the States of South-East Europe the means to keep themselves out of range of any political hegemony at all... So far from there being any question of the encirclement of Germany, it is a question of resisting German attemps to encircle smaller States".

Schatzamt die Schuldverschreibungen der borgenden Staaten garantiere, sondern dass das britische Handelsamt die Wechsel erwerbe und beliebig lange betreue.

Der endgültige Erfolg dieser Anleihepolitik hängt davon ab, inwieweit es gelingt den Absatz der Erzeugnisse der garantierten Staaten in England oder anderen Freundesländern sicherzustellen. Denn Kredite, die im Moment sehr dringend nötig sein mögen, könnten auf lange Sicht eher ein Hindernis werden, wenn für Rückzahlbarkeit durch Warenausfuhrerlöse keine Vorsorge getroffen ist.

Bei der finanziellen Unterstützung der politisch garantierten Staaten spielt die Einsicht eine Rolle, der ein englischer Staatsmann mit den Worten Ausdruck verlieh: „Jedes den Donau- und Balkanländern geliehene Pfund wird bessere Dienste zur Erhaltung des europäischen Friedens leisten, als 100 Pfund die von England für Ausrüstungszwecke ausgegeben werden". Und dennoch besteht zwischen der osteuropäischen Wirtschaftshilfe und den britischen Rüstungsausgaben ein innerer Zusammenhang. Denn es wäre töricht zu glauben, dass wirtschaftliche und finanzielle Mittel allein genügten, um die Mittel- und Oststaaten an England zu binden. Nur der Beschluss, die britischen Rüstungen ins Riesenhafte zu steigern, hat Anziehungskraft ausgeübt. Gute Bundesgenossen hat immer nur der Starke und Entschlossene. Ohne die neue Rüstungspolitik wäre auch die neue Ostpolitik Englands ein Fehlschlag. Parallel mit dem grossen Rüstungswerk hat die englische Diplomatie auch darauf geachtet, dass die Wiederbelebung der englischen Ostpolitik nicht zu Konflikten mit anderen Mächten führe, dass es vielmehr durch seine Mitwirkung zu einer europäischen Verständigung auf möglichst breiter Grundlage komme.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Zeit der „glänzenden Isolierung" ist vorbei. England braucht wieder Bündnisse und Bundesgenossen. Es wendet nach längerer Pause sein Gesicht wieder dem europäischen Kontinent zu. England ist wieder mit allen Kräften bemüht seine kontinentale Position zu verstärken, wie das in den verschiedenen Garantieerklärungen, sowie in der zunehmenden finanziellen und wirtschaftlichen Aktivität in den Südoststaaten erkennbar ist.